

VERBUND DER ERZEUGER ERNEUERBARER ENERGIEN E.V.

VEEE e.V. · Weberstraße 1 · 89150 Laichingen
An die
Mitglieder des Deutschen Bundestag
MDB

Weberstraße 1
89150 Laichingen
Tel.: +49 (0) 73 33.96 41-20
Fax: +49 (0) 73 33.96 41-29
E-Mail: info@veee.de
Internet: www.veee.de

Betreff: Förderung von Solaranlagen

Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestags,

die CDU/FDP - Regierung plant die Kürzung der Einspeisevergütung für Solaranlagen und die komplette Streichung der Förderung von Solarprojekten auf Ackerflächen.

Dies ist energiepolitisch nicht sinnvoll und agrarpolitisch nicht notwendig.

Nach Ansicht des Verbund der Erzeuger Erneuerbarer Energie e.V. (VEEE) sind diese Beschlüsse, die schnell getroffen und in kürzester Zeit in Kraft treten sollen, existenzbedrohend für die Solarbranche, Zulieferer und Handwerksbetriebe.

Es geht nicht um Kleinigkeiten: Allein im Alb-Donau-Kreis, dem Sitz des Verbund der Erzeuger Erneuerbarer Energie e.V. (VEEE), sind derzeit Solarprojekte mit einem Investitionsvolumen von 200 Millionen Euro geplant.

Denn gerade im Freiflächenanlagenbau werden günstigere Energiepreise durch die Massenproduktion erzielt.

Sehr verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags,

Ihnen wurde von der Bundesregierung eine Formulierungshilfe (siehe Anlage) über- sowie auf den Seiten 16 und 17 die Begründung in die Hand gegeben, weshalb Ackerflächen von der Solarförderung auszuschließen sind.

Es wird darauf verwiesen, dass die Energiegewinnung durch Solar in Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion steht.

Das ist absolut falsch

- Denn die Fläche wird auf jeden Fall zur Energieproduktion mit Energiepflanzen verwendet.
- Durch die Verwendung als Ackerfläche entstehen erwiesenermaßen der Umwelt deutlich höhere Nachteile durch den Einsatz von Dünger und Pestiziden.

Bankverbindung:
VR-Bank Langenau-Ulmer Alb e. G.
BLZ 630 614 86 · Konto 441442005

- Im Verhältnis zum Ackeranbau wird mit Solar das 15-fache an Energie erzeugt und ein großer Beitrag zu einem sehr hohen Umweltschutz geleistet.
- Die EU muss für solche Flächen keine Ausgleichszahlungen von 350 pro Jahr/ha mehr leisten. Es ist also auch hier ein doppelter Gewinn.

Die ursprüngliche angedachte Kürzung von 25% auf Ackerflächen hätte die Wirtschaft schon vor große Herausforderungen gestellt, weil gerade im Freiflächenanlagenbau günstigere Energiepreise durch die Massenproduktion erzielt werden.

Die komplette Streichung von Ackerflächen trifft sämtliche beteiligte Unternehmen in solch einem Ausmaß, dass der Abbau von Arbeitsplätzen unumgänglich ist.

Trafostationen, Wechselrichterstationen, Aufständerungstechniken, Zaunbau, Leitungs- und Wegebau werden in dem Bereich nun auf nahezu Null reduziert. Diese Arbeiten werden in der Regel von regionalen Betrieben übernommen.

Der Anlagenbau zur Herstellung von Photovoltaik-Zellen ist ebenfalls vom Beschluss der CDU/FDP-Regierung stark betroffen.

Mindestens 12 Monate nimmt das Planungsverfahren für geeignete Standorte in Anspruch. Es sind Vorrangstandortuntersuchung, Erstellung eines Flächennutzungsplanes, Bebauungsplanes, Baugenehmigungsverfahren erforderlich.

Diese Verfahren wurden nach der Neufassung des EEG 2009 von vielen Unternehmen, Gemeinden und Städten aktiv angegangen und sind derzeit im Planungsverfahren.

Alein die Investitionssumme, die im Ulm/Alb-Donau-Kreis bereits im Planungsverfahren sind, beläuft sich nach vorsichtigen Schätzungen auf mindestens **200 Millionen Euro**. Sollte das Gesetz so umgesetzt werden, dass nur noch Freilandanlagen auf Ackerflächen gefördert werden, deren Baugenehmigung zum 01.01.2010 vorlag, wird sich das Investitionsvolumen um mindestens 150 Millionen Euro auf dann **50 Millionen Euro** reduzieren.

Die Gesetzesänderung soll schon im Juni, also binnen dreier Monate greifen. Das setzt bei vielen Projekten jahrelange Vorplanungen außer Kraft.

Wir fordern Sie daher auf, dem Vorschlag der Bundesregierung nicht zu zustimmen.

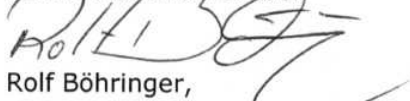
Sollten Sie dem Antrag dennoch zustimmen, fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, dass laufende Projekte, für die der Beschluss zur

Standortflächenuntersuchung bereits in Auftrag geben wurde, nach den derzeit noch geltenden Gesetzesrichtlinien behandelt werden.

Auch für Solarprojekte muss Planungssicherheit gelten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Böhringer,

Geschäftsführer, Verband der Erzeuger Erneuerbarer Energien (VEEE),
Laichingen

Info: Der Verband der Erzeuger Erneuerbarer Energien (VEEE) fördert die Erzeugung umweltfreundlicher Energie in Form von Biomasse, Geothermie, Sonnenenergie, Wasserkraft und Windkraft. Zu den Aufgaben des VEEE gehört die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien, die Durchsetzung der Chancengleichheit dieser Energien gegenüber anderen Energiesparten und insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und Aktivitäten gegenüber der Gesellschaft und Politik auf regionaler Ebene. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenführung, Interessensbündelung und Erfahrungsaustausch der einzelnen Erneuerbaren Energie Erzeuger untereinander. Derzeit hat der VEEE mit Sitz in Laichingen (Alb-Donau-Kreis) 160 Mitglieder. Geschäftsführer ist Rolf Böhringer.